

uecc



UNION EUROPÄISCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN (UECC)
FÜR VERKEHRSFragen

UNION EUROPÉENNE DES CHAMBRES DE COMMERCE ET D'INDUSTRIE (UECC)
POUR LA POLITIQUE DES TRANSPORTS

UNIE VAN EUROPESE KAMERS VAN KOOPHANDEL (UECC)
VOOR VERVOERSVRAAGSTUKKEN

UECC: Erhöhung der LKW-Maut führt zu Wettbewerbsverzerrungen

Europäische IHKs fordern Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Rhein-Rhône

Dass allein der Straßengüterverkehr für die aus Luftverschmutzung und Lärmemission entstehenden Kosten aufkommen soll, ist aus Sicht der Union Europäischer Industrie- und Handelskammern (UECC) nicht tragbar. „Die Erhöhung der Maut im Schwerlastverkehr durch Anlastung externer Kosten führt zu einer Wettbewerbsverzerrung“, warnt Michael G. König, Präsident der UECC. Nur ein Konzept, das alle Emittenten einbeziehe, also auch Pkw, Schiene, Luftverkehr und die Schifffahrt, könne seine Wirkung voll entfalten.

Zudem sei es notwendig, so König, nicht nur die Lasten, sondern auch den volkswirtschaftlichen Nutzen der Mobilität von Personen und Gütern zu berücksichtigen. In diese Betrachtung müssten die Steuern und Abgaben, die von den Verkehrsteilnehmern entrichtet werden, mit einfließen.

Da die EU den Mitgliedsstaaten große Freiheiten lassen wolle, in welchem Umfang sie die Verkehrsteilnehmer zusätzlich belasten, seien insbesondere im Alpen transit und in Grenzregionen massive Wettbewerbsverzerrungen und großräumige Verkehrsverlagerungen zu befürchten. Diese steuerten dem Ziel entgegen, Abgase und Lärm zu reduzieren, so die europäischen IHKs.

Entschieden spricht sich die UECC gegen das von der EU geplante Überholverbot für Lkw auf zweispurigen Autobahnen und Schnellstraßen aus. Das Vorhaben sei völlig ungeeignet, die durch eine mangelhafte Infrastruktur angespannte Situation auf den Straßen in Europa zu entschärfen.

Die Durchschnittsgeschwindigkeiten würden vom langsamsten Fahrzeug bestimmt, so UECC-Präsident Michael G. König: „Wir befürchten, dass die eintönige Kolonnenfahrt dazu führt, dass die Mindestabstände zwischen den Fahrzeugen unterschritten werden.“ Dies erhöhe das Unfallrisiko, insbesondere wenn eine schnellere Fahrzeugkolonne auf eine langsamere aufschließt.

Darüber hinaus würde nach Ansicht der UECC ein derart striktes Überholverbot die Gesamtkapazität der Straßen reduzieren, was zu längeren Reise- und Transportzeiten führe. Vor allem bei just-in-time- und just-in-sequence-Verkehren müssten dadurch mehr Fahrzeuge eingesetzt werden, um die gleichen Volumina zu befördern.

Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Rhein-Rhône

Die UECC begrüßt den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke (HGS) Rhein-Rhône als maßgebliches europäisches Infrastrukturvorhaben. Nachdem der erste Abschnitt zwischen Auxonne (bei Dijon) und Petit-Croix (bei Belfort) Ende 2011 in Betrieb gehen soll, müsse nun die Ertüchtigung des sogenannten Ost-Astes zwischen Mulhouse und Petit-Croix und eines 15 Kilometer langen Teilstückes östlich von Dijon höchste Priorität erhalten. Anschließend sei das Hauptaugenmerk auf die südlichen und westlichen Schienenstränge zu richten.

Die UECC fordert die deutsche und die französische Regierung sowie die nationalen Bahngesellschaften auf, das Thema HGS Rhein-Rhône auf die Tagesordnung des nächsten deutsch-französischen Gipfeltreffens zu nehmen. Insbesondere die Frage der deutsch-französischen Verknüpfungen ab Frankfurt, Stuttgart und Freiburg müsse gelöst werden.

Die UECC ist eine Vereinigung von 75 Industrie- und Handelskammern aus elf europäischen Ländern. Sie vertritt die Interessen von mehr als 2.5 Millionen Unternehmen in Fragen der europäischen Verkehrs- und Infrastruktur-Politik.

Basel, 19. November 2008

Für weitere Fragen:

Dr. Rainer Füeg, Generalsekretär UECC
r.fueeg@uecc.org